

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Omid Najafi, Holger Kühnlenz, Peer Lilienthal, Jürgen Pastewsky und Dennis Jahn (AfD)

**Wie stark ist die Zahl von Haushalten mit Bezug von Wohngeld gestiegen?**

Anfrage der Abgeordneten Omid Najafi, Holger Kühnlenz, Peer Lilienthal, Jürgen Pastewsky und Dennis Jahn (AfD) an die Landesregierung, eingegangen am 13.11.2024

Im November 2022 beschlossen Bundestag und Bundesrat das „Wohngeld-Plus-Gesetz“, das zum 1. Januar 2023 in Kraft trat und die Kosten des Wohngeldes vervielfachte. Die Zahl der anspruchsberechtigten Haushalte verdreifachte sich von bundesweit 600 000 im Jahr 2022 auf rund 2 Millionen<sup>1</sup>.

Bereits zwischen den Jahren 2019 und 2020 stieg die Anzahl reiner Wohngeldhaushalte in Niedersachsen um rund 25 % (von 46 652 auf 58 375)<sup>2</sup>. Der höchste Zuwachs von rund 50 % fand in der Stadt Salzgitter statt, über 35 % Anstieg verzeichneten die Landkreise Celle und Wesermarsch, über 30 % die Grafschaft Bentheim, das Emsland, Emden, Friedland, Holzminden, Lüneburg, Lüchow-Dannenberg und Helmstedt. Von 2022 bis 2023 stieg die Zahl wohngeldberechtigter Haushalte um 85 % von 67 000 auf 124 000, das waren über 3 % der Haushalte<sup>3</sup>. Niedersachsen lag im Ländervergleich hinter Nordrhein-Westfalen an zweiter Stelle bei der Zahl der Wohngeld-Haushalte<sup>4</sup>.

Mit dem Wohngeld-Plus-Gesetz wurden auch eine Heizkosten- und Klimakomponente eingeführt. Dabei verdoppelten sich die Kosten durchschnittlich von 180 Euro auf rund 370 Euro pro Monat und Haushalt; in Niedersachsen lag der durchschnittliche Anspruch bei 307 Euro. Zum Januar 2025 soll das Wohngeld nochmals um 15 % steigen<sup>5</sup>. Das Wohngeld wird hälftig vom Bund und den Bundesländern getragen, muss aber bei kommunalen Wohngeldstellen beantragt werden. Beobachtern zufolge stellen steigende Antragszahlen ~~stellten~~ die Kommunen vor personelle, technische (IT) und finanzielle Mehrbedarfe.

Die von den Ländern im Jahr 2022 geforderte vollständige Übernahme durch den Bund<sup>6</sup> wurde bislang von der Bundesregierung verweigert. Die Kosten für das Wohngeld in Niedersachsen liegen im Jahr 2025 geplant bei rund einer halben Milliarde Euro, von denen die Hälfte auf den Landeshaushalt entfällt.

Insgesamt gab der deutsche Staat im Jahre 2023 mehr als 20 Milliarden Euro für die Unterstützung bei Wohnkosten aus<sup>7</sup>, davon entfielen rund 15 Milliarden Euro auf Unterkunftskosten (Grundsicherung, Asylbewerberleistungen) und rund 5 Milliarden Euro auf Wohngeld. Eine Studie<sup>8</sup> verweist in diesem Zusammenhang auf eine Fehlallokation der Mittel, die keine Objektförderung im Neubau bewirke sondern auf eine Subjektförderung angelegt sei. Damit dienten die Mittel nicht der Schaffung günstigen neuen Wohnraums sondern unterstützten eine Verteuerung bestehenden Wohnraums.

---

<sup>1</sup> <https://www.bmwsb.bund.de/SharedDocs/gesetzgebungsverfahren/Webs/BMWSB/DE/wohngeld-plus-gesetz.html>

<sup>2</sup> Wohngeldstatistik 2022, Statistische Monatshefte Niedersachsen 8/2022, Seite 434.

<sup>3</sup> <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Anstieg-um-85-Prozent-Mehr-Haushalte-beziehen-Wohngeld,wohngeld176.html>

<sup>4</sup> <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/72686/umfrage/haushalte-mit-bezug-von-wohngeld-nach-bundeslaendern/>

<sup>5</sup> <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/wohngeld-steigt-anfang-2025-2188228>

<sup>6</sup> Beschluss nach der Besprechung der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 28. September 2022

<sup>7</sup> Pestel-Institut: Bauen und Wohnen 2024 in Deutschland, Hannover, Januar 2024.

<sup>8</sup> Ebd.

Da die Bewilligung von Wohngeldanträgen im Rahmen eines Vorschussverfahrens mit formloser Beantragung (vorläufige Prüfung der Wohngeldberechtigung) erfolgt, kann es im Nachhinein zu Rückforderungen von zu Unrecht bewilligtem Wohngeld kommen.

1. Wie viele Wohngeldempfänger in Niedersachsen gab es im Jahre 2024, und wie viele werden für das Jahr 2025 erwartet?
2. Wie viele Wohngeldempfänger in Niedersachsen erhalten die Hilfe zusätzlich zu
  - a) eigenem Lohneinkommen,
  - b) Geringverdienst plus Aufstockung,
  - c) Arbeitslosengeld und
  - d) Rente(bitte in Zahlen und prozentual angeben)?
3. Wie viele der Wohngeldempfänger in Niedersachsen verfügen zusätzlich über Wohnberechtigungsscheine?
4. Wie viele der Wohngeldempfänger in Niedersachsen haben
  - a) die deutsche Staatsbürgerschaft,
  - b) Staatsbürgerschaften anderer EU-Staaten (bitte die zehn häufigsten Herkunftsstaaten angeben),
  - c) Staatsbürgerschaften von Drittstaaten außerhalb der EU (bitte die zehn häufigsten Herkunftsstaaten angeben)?
5. Wie verteilen sich die Haushalte mit Wohngeldbezug hinsichtlich der Zahl der Haushaltsmitglieder (bitte angeben für Ein-, Zwei-, Drei- und Vierpersonenhaushalt sowie Fünfpersonenhaushalte und mehr)?
6. Wie viele der Wohngeldempfänger in Niedersachsen sind Mieter, die den Mietzuschuss erhalten, und wie viele sind Eigentümer, die den Lastenzuschuss erhalten (bitte jeweils in Zahlen und Prozent angeben)?
7. Wie - und für welche Leistungen oder Personalkapazitäten - setzen sich die Wohngelderstattungen und -zuweisungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände zusammen?
8. Wie viele Mitarbeiter haben die niedersächsischen Kommunalverwaltungen seit dem Jahr 2022 für die Bearbeitung der Wohngeldanträge abgeordnet oder neu eingestellt?
9. Welche finanziellen Auswirkungen auf den Landeshaushalt hat die Wohngeldreform ab Januar 2025 auf den Landeshaushalt? Wie plant die Landesregierung, diese nachhaltig zu bewältigen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Bundeshaushalt 2025 zum Zeitpunkt dieser Anfrage noch nicht beschlossen ist?
10. Welche spezifischen Maßnahmen hat die Landesregierung gegebenenfalls ergriffen, um den Verwaltungsaufwand für die Bearbeitung von Wohngeldanträgen im Hinblick auf die stark gestiegenen Fallzahlen seit dem Jahr 2023 zu reduzieren?
11. Inwieweit werden die Finanzmittel, die im Bundes- und Landeshaushalt zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus verwendet werden könnten, durch die Wohngeldleistungen geschmälert?
12. Unter welchen Umständen bildet das Wohngeld gegebenenfalls ein Anreizsystem, das Eigenbemühungen der Empfänger zur Einkommensverbesserung mindert?
13. Welchen Effekt hat das Wohngeld auf die Immobilienpreise in Ballungsräumen?
14. Inwieweit hat die Integration digitaler Lösungen und Softwarekapazitäten in den Kommunen dazu beigetragen, die Effizienz bei der Antragsprüfung zu steigern und die Verwaltungen personell zu entlasten?

15. In welcher Höhe bewegten sich in den Jahren 2022 und 2023 Rückforderungen von zu Unrecht bewilligtem Wohngeld (als Fallzahlen und in Summe der Mittel)?
16. Inwieweit hat die Energie- und Wärmewendepolitik von Bund und Land dazu beigetragen, dass die Klimakomponente (Heizkostenzuschuss II) als zusätzliche Leistung dem Wohngeld-Plus hinzugefügt wurde?
17. Wie erklärt sich die Landesregierung, dass Niedersachsen nach Nordrhein-Westfalen die zweithöchste Zahl von „Wohngeld-Haushalten“ hat?
18. Wie hoch war im Jahr 2024 (und im Vergleich zum Jahr 2023) die Anzahl der Wohngeldhaushalte je 1 000 Privathaushalte in den Landkreisen und kreisfreien Städten in Niedersachsen (bitte um eine Listenübersicht oder zahlenunterlegte Grafik)? Wie hoch war der jeweilige Anstieg von wohngeldbeziehenden Haushalten in den Gebietskörperschaften seit dem Jahr 2021?